



Presseinformation

9. August 2013

Hessen führt landesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation ein

Ministerpräsident Volker Bouffier: „Wir setzen ein sichtbares Zeichen für mehr Völkerverständigung und gegen das Vergessen“

Wiesbaden. Der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier hat heute angekündigt, dass das Land einen eigenen Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation einführt. Der Gedenktag soll – beginnend ab dem Jahr 2014 – jährlich am zweiten Sonntag im September stattfinden. „Ein eigener Gedenktag für die Vertriebenen, Flüchtlinge und Deportierten ist 68 Jahre nach Kriegsende überfällig und angemessen, denn Vertreibung ist und bleibt Unrecht. Wir wollen zu Verantwortung und Versöhnung mahnen und zugleich die Erinnerung an das Schicksal der Betroffenen und deren Angehörigen wachhalten sowie den großen Anteil der Vertriebenen am Wiederaufbau Hessens würdigen. Mit dem landesweiten Gedenktag setzen wir ein sichtbares Zeichen für mehr Völkerverständigung und gegen das Vergessen“, erklärte Volker Bouffier. Diese Entscheidung hat die Landesregierung zusammen mit den sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP getroffen.

Rund ein Viertel aller in Hessen lebenden Bürgerinnen und Bürger habe Flucht oder Vertreibung selbst erlebt oder sei durch das Schicksal der nächsten Angehörigen davon betroffen, erläuterte der Regierungschef. Diese Mitbürger haben einen wichtigen Anteil am Wiederaufbau und engagieren sich bis in die Gegenwart hinein für das Wohlergehen unseres Landes, so Bouffier. Aus diesem Grund habe Hessen bereits im Jahr 2003 im Bundesrat die entsprechende Initiative unterstützt und sich für die Einführung eines nationalen Gedenktages eingesetzt. Im September

letzten Jahres habe auch der Hessische Landtag erneut einen Beschluss gefasst, um die Einführung eines nationalen Gedenktages für die Flüchtlinge, Vertriebenen und Deportierten voranzubringen. Da eine Befassung durch den zuständigen Bundespräsidenten derzeit nicht absehbar ist, wird das Land Hessen in dieser Angelegenheit aktiv: „Ich werde einen hessischen Gedenktag für die Opfer von Vertreibung, Flucht und Deportation einführen. Damit wollen wir unsere Solidarität mit den Betroffenen zum Ausdruck bringen und zugleich unsere Verbundenheit mit den Menschen zeigen, denen ein solches Schicksal widerfahren ist“, so der Ministerpräsident.

Der Gedenktag stehe dabei aber nicht nur symbolisch für das Schicksal von Millionen deutscher Heimatvertriebener, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler, sondern auch für Betroffene auf der ganzen Welt. Dadurch leiste der Gedenktag zusätzlich einen wichtigen Beitrag zur Völkerverständigung. „Am jährlich stattfindenden Gedenktag wollen wir aber nicht nur in die Vergangenheit schauen, sondern zugleich auch in die Zukunft blicken“, betonte Bouffier. Der Tag solle Gelegenheit dazu bieten, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen und gemeinsam mit unseren Nachbarn den Weg zu einem geeinten Europa fortzusetzen. Zugleich sollen die Erinnerungen auch an die nächste Generation weitergegeben werden, damit die Geschichte für junge Menschen begreifbar und erlebbar gemacht wird. „Der landesweite Gedenktag soll daher auch eine Mahnung an junge Menschen sein, damit künftige Generationen nicht dasselbe Schicksal erdulden und unter den Folgen von Flucht und Vertreibung leiden müssen“, unterstrich der Ministerpräsident abschließend.
